



Schleudersitz Leiharbeit

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 31. Mai 2011

"Leiharbeit gleicht einem Schleudersitz: Gibt es Probleme im Betrieb, sind Leiharbeiter die ersten, die ihren Job verlieren. Ursula von der Leyens neues Leiharbeitsgesetz ändert daran nichts. Genau wie das alte Gesetz ist es eine Anstiftung zur Ausbeutung", so Jutta Krellmann, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung, zu einer neuen Studie der IG Metall, der zufolge nur sieben Prozent der ehemals arbeitslosen Leiharbeiter es in eine Festanstellung schaffen. Krellmann weiter:

"Die Menschen brauchen Sicherheit, um ihr Leben, ihre Zukunft und ihre Familie planen zu können. Die Bundesregierung hat bei der Neuregelung der Leiharbeit versagt. Es ist absolut richtig und konsequent, dass die IG Metall dies zur tarifpolitischen Auseinandersetzung macht. Der Dauerarbeitsplatz muss die Regel bleiben. Leiharbeit und befristete Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. DIE LINKE unterstützt die Forderung der IG Metall nach unbefristeter Übernahme von Auszubildenden. Nur so hat die Jugend eine Zukunft.

DIE LINKE fordert gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort und ohne Unterschied zwischen Ost und West - ohne wenn und aber. Für Leiharbeiter fordern wir zusätzlich einen Flexibilitätszuschlag von 10 Prozent auf den Lohn zum Ausgleich für die mit diesen Stellen verbundene Unsicherheit. Zudem muss der Einfluss von Betriebsräten gestärkt werden, denn nur sie können vor Ort kontrollieren, ob mit Leiharbeit und befristeter Beschäftigung im Unternehmen Schindluder getrieben wird."